

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 1/2020 · 66. Jahrgang G2977



Bleiben Sie zu Hause.

CDU



Hilfsprogramm für Krankenhäuser

für jedes freigehaltene Bett 560 Euro/Tag

50 Euro für Schutzausrüstung zusätzlich pro Patient

50.000 Euro zusätzlich für jedes Bett mit Beatmungsgerät

CDU



Hilfe für Familien

Ausgleich von Verdienstausschlag bei Schul- und Kitaschließungen:
67% des Nettoeinkommens, max. 2016 Euro/Monat

Leichter Zugang zum Kinderzuschlag: bis zu 185 Euro/Kind und Monat

Elterngeldmonate können verschoben werden, wenn Eltern jetzt
dringend in ihren Jobs gebraucht werden

CDU



Soforthilfeprogramm für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen

9.000 Euro für Unternehmen mit bis zu 5 Mitarbeitern

15.000 Euro für Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern

kurzfristige Kredite

elektronische und unbürokratische Antragstellung

CDU



Hilfe für Mieter

Zwischen dem 1. April und dem 30. Juni 2020 gilt:

Wenn jemand Corona-bedingt seine Miete nicht bezahlen kann,
darf der Vermieter nicht kündigen.

Die Miete muss später nachgezahlt werden.

CDU



Hilfe für Unternehmen bei Insolvenzgefahr

Kein Unternehmen soll wegen Corona Insolvenz anmelden müssen,
weil Hilfgelder noch nicht ausgezahlt wurden.

Bislang gilt für Insolvenzanträge eine Drei-Wochen-Frist.

Diese Antragspflicht wird bis Ende September ausgesetzt.

CDU



Hilfe für Unternehmen zum Schutz von Arbeitsplätzen

Unternehmen und ihre Mitarbeiter werden nicht allein gelassen:

400 Milliarden für Staatsgarantien

100 Milliarden für Kredite

100 Milliarden für Beteiligungen an Unternehmen in
wirtschaftlicher Notlage

CDU



Hilfe für Landwirte

Land- und Ernährungswirtschaft werden systemrelevante Infrastruktur

Verlängerung der sozialversicherungsfreien kurzfristigen

Beschäftigung von 70 auf 115 Tage

mehr Netto vom Brutto für Zusatzverdienst neben Kurzarbeitergeld

Ruheständler dürfen mehr dazuverdienen

Ausdehnung der Arbeitszeitgrenzen

Besonderer Pachtschutz für Landwirte

Vermittlungsplattform zwischen Landwirten und Bürgern für
Pflanz- und Erntearbeiten

CDU

Danke!



CDU

Auf den Punkt gebracht

Corona-Krise 2

Schwerpunkt**Bauen – Wohnen**

Klima für Wohnungsbau 5

Bauen in der Mitte 7

Diskriminierung schon bei
der Einladung 9**Frau im Gespräch**Traut Euch!
Diana Stolz 10**Frau & Buch** 11**Impressum** 11**Leben auf dem Land**

Für starke ländliche Räume 12

Frau vor Ort

Dialog mit Marokko 14



Liebe Frauen,

die Corona-Krise hat das Leben in Deutschland auf den Kopf gestellt. Zuerst war die Covid-19- Pandemie eine Fernsehmel-
dung aus China und von da an ging alles rasend schnell. Un-
ser aller Leben änderte sich massiv. Plötzlich mussten wir auf
Abstand gehen. Keine Familienfeiern oder Konzertbesuche,
kein Essen im Restaurant oder Sportveranstaltungen, das
persönliche Leben wurde auf die Kernfamilie reduziert.
Deutschland lernt zu entschleunigen. Dazu kommen Existenz-
ängste von vielen kleinen selbständigen Unternehmen und
Gewerbetreibenden, Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverluste.
Eltern im Homesoffice kümmern sich um Schul- und Kita-
kinder und Eltern in systemrelevanten Berufen standen vor
der Aufgabe, wer die Kinder betreut. Denn im Gegensatz zu
früher, fielen die Großeltern zur Betreuung aus. Risikogrup-
pen wie ältere Menschen, Diabetiker oder Asthmatiker brau-
chen jetzt unsere besondere Solidarität.

Die bundesweit geltende Kontaktbeschränkung war
und ist eine enorme Herausforderung. In einer eindrucksvol-
len Fernsehansprache erklärte Bundeskanzlerin Angela Mer-
kel, warum diese einschneidenden Maßnahmen in unser Zu-
sammenleben und unsere Demokratie notwendig sind. Trotz
des exzellenten Gesundheitssystems in Deutschland musste
es die oberste Maxime sein, die Ausbreitung des Virus zu
verlangsamen.

Nicht nur das Zusammenleben in Deutschland wird auf
die Probe gestellt, sondern in ganz Europa. Dramatische Ent-
wicklungen in den Kliniken in Italien, Frankreich und Spanien
schockierten. Verschärfte Grenzkontrollen und Einreisebe-
schränkungen wurden notwendig. Europa steht vor riesigen
wirtschaftlichen Problemen und Herausforderungen.

Bund, Länder und Kommunen tun alles, um die Gemein-
schaft zu schützen und den ökonomischen, sozialen und kul-
turellen Schaden zu begrenzen. In einem Eilverfahren wurde
ein Nachtragshaushalt in Höhe von 156 Milliarden Euro be-
schlossen. Es ist das wohl umfassendste Hilfs- und Schutz-
programm in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Diese
Mittel können jetzt in ein beispielloses Maßnahmenpaket
fließen, das Ärzten und Krankenhäusern, kleinen und großen
Unternehmen, Selbständigen und Arbeitnehmern, Familien

und Verbrauchern, Mietern und Vermietern zugutekommt. Auch die Länder haben eigene Hilfsprogramme auf dem Weg gebracht, um diese Ausnahmesituation zu bewältigen.

Es gibt jedoch nicht nur eine wirtschaftliche Dimension. Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens werden einen enormen Schub für die Digitalisierung in zahlreichen Lebensbereichen bringen. In meinem Aufgabenbereich als Integrationsbeauftragte mussten wir feststellen, wie schwer es ist, Migranten schnell mit gesicherten Informationen zu erreichen, die schlecht oder noch nicht Deutsch sprechen und gleichzeitig konnten keine Sprach- und Integrationskurse mehr angeboten werden. Auch hier gilt es neu zu denken und angepasste und alltagspraktische digitale Formate zu entwickeln. Video- und Telefonkonferenzen in Unternehmen zeigen, dass nicht jede Dienstreise mehr unbedingt erforderlich ist. Das kann sich positiv auf den Klimaschutz auswirken.

Zu den Schattenseiten der Krise zählt die zunehmende häusliche Gewalt. Die Kontaktbeschränkungen und Quarantäne haben in vorbelasteten Familien zu einem Anstieg der Gewalt geführt. Die Hilfetelefone verzeichnen einen Anstieg der Chat-Beratungen bei Kindern und Jugendlichen. Manch eine Kommune mietet bereits Unterkünfte für Frauen an, die Hilfe vor Gewalt suchen.

Im gesellschaftlichen Bereich sind wir einerseits auf Abstand gegangen, zugleich erleben wir in den Nachbarschaften eine große Hilfsbereitschaft. Ob der Einkauf für die älteren Nachbarn oder die spontane Kinderbetreuung, die Menschen beweisen Zusammenhalt. Deshalb haben wir als Frauen Union auch auf unseren Social-Media-Kanälen die Kampagne #unverzichtbar gestartet. Wir möchten auch unseren Dank an die Pflegekräfte und Beschäftigten im Gesundheitswesen sowie die Helden des Alltags im Einzelhandel und Handwerk sowie bei den Notfalldiensten ausdrücken. Viele Menschen und das, was sie tun, ist in diesen Tagen #unverzichtbar für uns.

Die Beschränkungen unserer Kontakt- und Bewegungsfreiheit haben bereits nach einer Woche Diskussionen angestoßen, ob die getroffenen Maßnahmen erforderlich und

verhältnismäßig sind. Mit absoluter Gewissheit wird das niemand behaupten können, sondern es bleibt eine schwierige Abwägung vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens. Verantwortliches Handeln gründet dabei auf sorgfältiger Analyse und wissenschaftlicher Beratung und bleibt offen für aktuelle, der Lage angepasste Beurteilungen und Entscheidungen. Niemand möchte in eine Situation kommen, in der entschieden werden muss, wer im Falle einer Unterversorgung an das Beatmungsgerät angeschlossen wird. Wenn durch die Einhaltung der Kontaktbeschränkungen die Überlastung des Gesundheitssystems vermieden wird, dann ist es für uns alle der bessere Weg. Neuartige Tracking-Apps – sorgfältig und im Einklang mit dem Datenschutz entwickelt – eröffnen uns aber auch hier weitere Chancen.

Die Corona-Krise wird unser Land lange beschäftigen. Der Mittelstand ist Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolges. Manche bewährte Struktur wird sich verändern. Unsere Politik der „schwarzen Null“ ist die Basis für die heutigen Hilfsmaßnahmen. Ohne diese solide Haushaltspolitik wäre das nicht möglich. Die Situation ist ernst. Nur gemeinsam meistern wir die Lage.

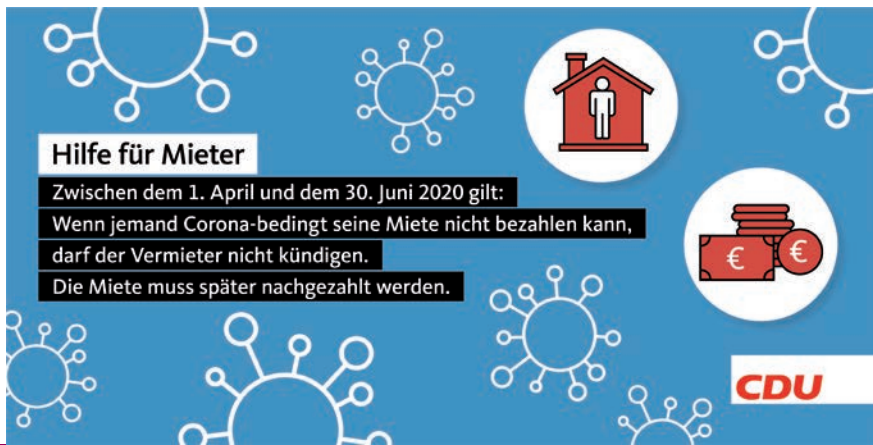
Viele andere Themen sind zunächst einmal in den Hintergrund gerückt. Nach und nach wird das öffentliche Leben wieder hochfahren. Beim Entwurf dieser Ausgabe war von der Corona-Krise noch keine Rede. Wir haben uns trotzdem dafür entschieden, das Thema „Bauen-Wohnen“ auf der Agenda zu behalten. Die Förderung des Wohnungsbaus bleibt mittelfristig als Herausforderung bestehen. Stets aktuelle Informationen zur Corona-Krise und unseren Maßnahmen finden Sie auf <https://www.cdu.de/corona>.

Hervorheben,

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Bauen und Wohnen

Wohnen ist eines der sozialen Themen unserer Zeit. Bei der Konzeption dieser Ausgabe stand jedoch die Frage im Vordergrund, wie ein positives Klima für Neubau und damit mehr Wohnraum entsteht. Dabei geht es um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, aber auch den diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnen.

Gerade wegen der besonderen Bedeutung des Wohnens hat die Bundesregierung in der Coronakrise schnell gehandelt. Wer seine Miete aufgrund der Corona-Epidemie nicht zahlen kann, zum Beispiel weil Löhne erst verspätet gezahlt werden, braucht keine Kündigung wegen solcher Mietrückstände befürchten. Dies gilt für den Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 2020. Dabei ist klar: Die Miete muss nachgezahlt werden. Vermieter haben einen Rechtsanspruch auf den Mietzins.

Vermieter, die keine Miete mehr bekommen und laufende Darlehen aufgrund ausbleibender Mietzahlungen nicht bedienen können, haben das Recht solche Kredite zu stunden.



Foto: MHKBG 2019 – F. Berger

Der politische Auftrag lautet daher: Schaffen wir ein Klima für ein Mehr an Wohnungsbau!

Klima für Wohnungsbau

„Wohnen ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger.“ Diesem eher schlicht gehaltenen Satz kann und wird niemand widersprechen, denn: Bürgerinnen und Bürger brauchen die verlässliche Gewissheit, dass sie sich das Wohnen auch in der Zukunft (wieder) werden leisten können. Da es verschiedene Wohnungsmärkte gibt, kann es auch nicht die „eine“ Wohnungsmarkt- und Baupolitik geben. Für unterschiedliche Märkte benötigt es unterschiedliche Herangehensweisen, um dem Ziel, dass „Wohnen elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge“ ist, gerecht zu werden.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wurde in der Bundesrepublik Deutschland – auch in Nordrhein-Westfalen – zu wenig neuer Wohnraum geschaffen. In Verbindung mit einer Binnenwanderung in die größeren Städte, veränderten Wohnungsbedarfen (Stichwort: größerer und mehr Wohnraum für Mehrkind-Familien; kleinerer, barrierefreier Wohnraum), der Umsetzung des überparteilichen Konsenses, dass Menschen solange wie möglich in ihrer Wohnung und Heimat leben können sollen dürfen und einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum durch Zugewanderte ergeben sich bei einem regional unterschiedlichem Markt Verknappungen, die zu steigenden Preisen in Miete und Eigentum führen.

Diese Herausforderung bekommt man politisch ausschließlich – und nachhaltig im Interesse von Eigentümerinnen und Eigentümern sowie Mieterinnen und Mieter – durch eine Verbreiterung des Wohnraumangebotes gelöst. Der politische Auftrag lautet daher: Schaffen wir ein Klima für ein Mehr an Wohnungsbau!

Das ist die Devise der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen seit Amtsantritt im Sommer 2017: Schluss mit ideologischer Verengung, Schaffung von Freiräumen, Abschaffung überflüssiger Bürokratie und Gängelung in Gesetzen und Verordnungen und Nutzung gestalterischer Spielräume. Grundlage einer aktiven landespolitischen Wohnungsmarkt- und Baupolitik ist die Verfügbarkeit von Grundstücken: Ohne Frage ist das auch in Nordrhein-Westfalen für viele Kommunen eine Herausforderung. Um Städte und Gemeinden zu unterstützen, haben wir die Landesinitiative „Bau. Land. Leben.“ ins Leben gerufen: Fünf „Maschinen“ haben wir für unsere Kommunen in eine „Werkstatt“ gestellt, um dafür Sorge zu tragen, dass un- und untergenutzte Grundstücke wieder (und im Idealfall: schneller) auf den Markt kommen können. Die Landesinitiative bietet Beratungs- und Unterstützungsangebote, die sich an Kommunen – aber auch an Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer – richten. Hinzu kommt, dass wir mit „Bau. Land. Bahn.“ ganz gezielt die Siedlungsentwicklung mit der Mobilitätsentwicklung für die Zukunft verknüpfen wollen. Neben Veränderungen und Erleichterungen bei den raumordnerischen Grundsätzen des Landes Nordrhein-Westfalen tragen wir so dazu bei, die berechtigten Interessen der Städte und Gemeinden mit den berechtigten Interessen der Landwirtschaft und der Erhaltung der Freiflächen und des Außenbereichs in Einklang zu bringen.

Des Weiteren haben wir die Bauordnung des Landes – das Gefahrenabwehrrecht im Hochbau – vereinfacht und allen am Bau Beteiligten mehr Freiheiten gegeben: Mehr Freiheiten für die, die bauen wollen; mehr Freiheiten, für



die, die entscheiden. Dieser Ansatz folgt dem Grundprinzip, dass ein so großes Land wie Nordrhein-Westfalen freiheitliche Gesetze und Rahmenbedingungen benötigt, denn: Die kleinste Kommune in Nordrhein-Westfalen hat rund 4.300 Einwohnerinnen und Einwohner, und in der größten Kommune leben über eine Million Menschen. Nur ein freiheitlicher Rechtsrahmen erlaubt, dass kommunale Selbstverwaltung im Kleinen wie im Großen funktionieren kann. Und wir haben einen Paradigmenwechsel vollzogen: Seit dem 1. Januar 2019 ist die barrierefreie Wohnung in Gebäuden ab sieben Metern das universelle Gestaltungsprinzip. Barrierefreiheit heißt auch: Kinderwagengerecht.

Die öffentliche Wohnraumförderung ist fester Bestandteil der nordrhein-westfälischen Wohnraumförderpolitik. Seit jeher werden die zur Verfügung gestellten Bundesmittel 1:1 für die Wohnraumversorgung von Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, die über geringe Finanzmittel verfügen: Für die Krankenschwester genauso wie für die Rentnerin oder für den alleinerziehenden Vater. Die Landesregierung hat hierfür ein jährliches Wohnraumförderprogramm über 1,1 Milliarden Euro aufgelegt, mit dem günstige Darlehen mit Tilgungsnachlass vergeben werden können. Diese Summe haben wir bis 2022 garantiert: Damit steht den Kleininvestoren genauso wie den Profi-Investoren ein verlässlicher Finanzrahmen über 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Gefördert werden unter anderem der Neubau von Mietwohnungen, Wohnungen und Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot für Menschen mit Behinderungen oder die Modernisierung von bestehenden Wohnungen und Eigenheimen, hier vor allem der Abbau von

Barrieren und die energetische Erneuerung sowie die Aufbereitung von Brachflächen, um diese wiederbebauen zu können. Und die Landesregierung hat seit Sommer 2017 ganz vielen Familien in Nordrhein-Westfalen wieder den Traum vom eigenen Heim ermöglicht: Über stark vereinfachte Förderkonditionen können und sollen sich in Nordrhein-Westfalen auch Familien mit kleinem Geldbeutel wieder Eigentum leisten können. Und: Es funktioniert!

All diese landespolitischen Maßnahmen folgen dem Grundsatz: Wir garantieren die Freiheit des Wirtschaftens bei gleichzeitiger sozialer Verantwortung für das Gemeinwohl. Ganz im Sinne der christlich-demokratischen Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir stellen in Nordrhein-Westfalen fest: Unser politischer Ansatz wirkt! In 2019 wurden so viele Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt wie schon lange nicht mehr, die Baufertigstellungen ziehen merklich an – und es sind die ersten leichten Entspannungstendenzen in der Mietentwicklung feststellbar. Das ist Ansporn für uns, diese Politik weiter fortzuführen.

Doch ein dringender Wunsch bleibt: Wir benötigen auch auf der Bundesebene mehr Freiheiten im Planungsrecht. Verabredet sind sie, aber die Umsetzung fehlt noch. Denn jede Region hat ihre Stärken und zugleich auch Herausforderungen. Hierfür braucht es passgenaue Antworten – und die setzen Freiheiten auf der Bundesebene für die Länder und die Kommunen voraus.

Ina Scharrenbach ist Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen

Bauen in der Mitte



Foto: Konstantin Gastmann

Statt Donut ist der gefüllte Krapfen das Ziel. Die Präsidentin der Bundesarchitektenkammer plädiert für eine Weiterentwicklung bestehender Strukturen.

Nachdem es lange Zeit hieß, Deutschland sei fertig gebaut, die Kapazitäten für Planen und Bauen könnten zurückgefahren werden und wir hätten es eher mit schrumpfenden Städten zu tun, so stehen wir nun in vielen Regionen Deutschlands vor einer noch vor wenigen Jahren unvorstellbaren Nachfrage nach Wohnungen, während in anderen Regionen der Leerstand eher zunimmt. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends war die durchschnittliche Miete hinter der Entwicklung der Einkommen zurückgeblieben, dann aber hat sich dieses Verhältnis umgedreht und zugleich sind Grundstücks- und Baukosten überproportional gestiegen. Erhöhte Nachfrage und erhöhte Baukosten führten dann zu einer Steigerung der Wohnungskosten, mit der die Steigerung der Einkommen nicht mithielt: der Ruf nach bezahlbarem Wohnraum wurde und wird immer lauter. Politik wie auch Architekten und Baugewerbe sind intensiv darum bemüht, diese Kostensteigerungen in den Griff zu bekommen, die auch immer höheren Anforderungen an den Wohnungsbau (etwa Energieeinsparung, Brand- und Lärmschutz, Barrierefreiheit) geschuldet sind. Die Wohnungssuche finanziell erleichtern sollen Baukindergeld, Kontrollen der Mietsteigerungen und Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Vor allem aber muss an den Orten hoher Nachfrage mehr und bedarfsgerechter gebaut werden und vielleicht müssen wir auch über unseren Bedarf nachdenken: von 1960 bis heute hat sich in Deutschland die von dem Durchschnittsbürger genutzte Wohnfläche schlicht verdoppelt – von etwa 20 m² auf mehr als 40 m².

Wohnungsangebote dort schaffen, wo es Arbeitsangebote gibt

Aber nicht Wohnraum allein, auch Arbeitsplätze – und Infrastruktur – vor Ort sind wichtig für die Deckung des Bedarfs. Zusätzliche Wohnungsangebote müssen schwerpunktmäßig in den Ballungsräumen, aber auch in solchen ländlichen Regionen geschaffen werden, in denen eine gute Arbeitsinfrastruktur, beispielsweise Handwerk und mittelständische Industrie, vorhanden ist. Denn der Gewinn an günstigem Wohnraum darf nicht durch lange Fahrwege zur Arbeit oder zum Einkauf wieder zunichte gemacht werden. Umgekehrt müssen auch alle Bestrebungen intensiviert werden, Arbeitsplätze dort anzusiedeln, wo es bereits ein Wohnungsangebot gibt, um Schrumpfung und Leerstand entgegen zu wirken.

In den Städten müssen Potenziale genutzt werden

Das zentrale Problem für den Wohnungsneubau bildet insbesondere in dichtbesiedelten Regionen der Mangel an verfügbarem, geeignetem und preisgünstigem Bauland. Die Lösung kann heutzutage nicht mehr in der Ausdehnung der Städte in die Landschaft hinein liegen, die in den vergangenen Jahrzehnten zu den locker bebauten Einfamilienhausgebieten geführt haben. Heute gilt es – wie es ja schon seit einigen Jahren in unserem Bundesbaugesetz steht –, sich nach Möglichkeit auf die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden zu konzentrieren, also dort



weiter zu bauen, wo schon gebaut ist. Dies ist nicht nur mit sparsamem Umgang mit Fläche zu begründen, mit sorgfältigerem Umgang mit Infrastruktur und mit Reduzierung des Verkehrs, sondern dient auch der baukulturellen Qualität unserer Orte, deren Mitte sich in den vergangenen Jahren immer stärker entleert hat. Die Bundesstiftung Baukultur hat dies den Donut-Effekt genannt und damit beschrieben, dass Städte und Dörfer sich immer weiter ausdehnen und dabei ihr ‚Herz‘ vernachlässigen. Leider ist vielfach die mit der Innenentwicklung notwendigerweise verbundene bauliche Verdichtung ziemlich in Verruf geraten, insbesondere bei den jeweiligen Nachbarn, die für sich ein quasi unveräußerliches Recht auf freie Aussicht in Anspruch nehmen möchten, ohne sich für langfristige gesellschaftliche Folgen verantwortlich zu fühlen. Eine aufmerksame Betrachtung einer Stadt macht aber schnell die vielfältigen Baumöglichkeiten, die zugleich oft auch Stadtreparatur sind, innerhalb des Bestandes deutlich: Baulücken, die man schließen kann, Wohngebäude, die man aufstocken kann, Supermärkte und Parkhäuser, denen man Wohngeschosse hinzufügen kann, Parkplätze, auf denen anstelle von Autos eher Menschen unterzubringen sind, Industrie- oder Bahngebiete, die seit Jahren leer gefallen sind. Städte und Kommunen sind daher aufgefordert, Flächen für Wohnraum gezielt zu aktivieren und gegen Leerstand vorzugehen. Das nützt al-

len, denn soziale Dichte ist die Voraussetzung für Nachfrage – für die Kneipe an der Ecke oder den fußläufig erreichbaren Arzt. Klar ist allerdings, allein mit einer Innenentwicklung insbesondere in begehrten Städten lässt sich nicht genügend Bauland für preisgünstiges Bauen gewinnen.

Ländlicher Raum gewinnt an Attraktivität

Im ländlichen Raum müssen wir die Dorfkerns stärken. Das Wohnen in der Ortsmitte muss als echte Alternative zu Neubaugebieten am Ortsrand aufgewertet werden. Innerhalb der Ortslagen können sowohl durch Neubauten als auch durch sanierte Altbauten, z.B. eines aufgelassenen Gehöfts, beste Wohnbedingungen geschaffen werden. Voraussetzung ist ein gutes Nahversorgungsnetz mit kurzer Taktung und bezahlbarem Tarif und schnelles Internet, das auch neue Arbeitsplatzpotenziale bietet. Darin liegt eine Chance, denn auch das Erscheinungsbild intakter traditioneller Dorfkerns wird von vielen Menschen als besonders lebenswert geschätzt. Dörfliche Gemeinschaften sind regionale Wachstumskerne. Dies gilt insbesondere für die Gemeinden, die an den sogenannten Entwicklungsachsen liegen, also an Bahnstrecken und Straßenlinien, die zu Städten mit ihren besonderen Angeboten führen: Wir nennen das Dezentrale Konzentration.

Bestand ist Identität

Also Bauen in der Mitte: statt Donut ist der gefüllte Krapfen das Ziel. Der vorhandene Baubestand – in Stadt und Land – sollte Vorrang haben. In der Praxis ist zwar Umbau oft teurer als Neubau, denn Handwerkeranteil sowie individuelle Anpassungen sind oftmals höher. Das ist aber eine verkürzte, individuelle Sicht: Neubau ist gesamtgesellschaftlich gesehen gegenüber Abriss und Neubau nur scheinbar billiger, weil z.B. die schon im Baubestand innewohnenden ‚grauen Energie‘, die Entsorgung von Materialien und Lebenszyklen nicht mitgerechnet werden.

Die Weiterentwicklung bestehender Strukturen (also regional, stadt- und quartiersbezogen sowie des einzelnen Gebäudes) ist identitätsstiftend und festigt funktionierende räumliche soziale Strukturen. Wenn neues Bauland für Wohnnutzungen, trotz Intensivierung von Innenentwicklung, entsteht, müssen wir kluge Entscheidungen treffen. Denn seelenlose und ausufernde Neubaugebiete am Rande von leerfallenden Ortskernen oder neue Großsiedlungen ohne ausreichende Infrastruktur sind unverantwortlich im Sinne einer baukulturell und strukturell nachhaltigen Entwicklung. Architektur und sorgsame Stadtplanung können Siedlungsgefüge aufwerten, ergänzen, reparieren, wiederbeleben – und neue Identifikationsorte schaffen. Ein zentraler Grundsatz für zukunftsfähige und umweltschonende Konzepte bleibt: Wohnungen sollen vornehmlich dort entstehen, wo schon gewohnt wird.

Barbara Ettinger-Brinckmann ist Präsidentin der Bundesarchitektenkammer



Vergeblich auf Wohnungssuche? Menschen mit Migrationshintergrund haben es deutlich schwerer als andere. Nur mit rechtlichen Verbesserungen können sie ausreichend vor Diskriminierung geschützt werden.

Diskriminierung schon bei der Einladung

„Keine Moslems, keine Haustiere, keine Asylanten“ – mit solchen Wohnungsinseraten wenden sich Menschen immer wieder an die Beratung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Oder ihre Bewerbung auf eine Wohnung wird abgelehnt wegen ihres „leichten Zigeunereinschlags“ oder, weil man „keine Afrikaner“ möchte. Für Betroffene sind solche Ausgrenzungen nur schwer zu ertragen – zumal es bei der Suche nach angemessenen und bezahlbaren Wohnraum um einen elementaren Lebensbereich geht.

In welchem Viertel und zu welchem Preis jemand leben kann, ist keine Lifestyle-Frage: Es kann zu einem existentiellen Problem werden, keine Wohnung zu bekommen. Statistiken zeigen, dass Menschen mit einem bestimmten Migrationshintergrund grundsätzlich eher in schlechteren Gegenden, kleineren Wohnungen und mit höheren Mieten leben müssen als Menschen ohne diesen Migrationshintergrund. Die vermeintlichen „Parallelgesellschaften“, die Spaltung in „Einwanderer“- und andere Stadtviertel ist bei weitem nicht immer selbstgewählt. Allzu häufig bleiben die Türen der besseren Wohngegenden verschlossen.

In Deutschland kommt es bei der Vermietung von Wohnraum immer wieder zu Diskriminierungen – und am häufigsten aufgrund der (vermeintlichen) ethnischen Herkunft. 35 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in den letzten zehn Jahren rassistische Diskriminierung bei der Wohnungssuche erlebt. Vier von zehn der Gesamtheit der Befragten hätten Bedenken, ihre Wohnung an eine eingewanderte Person zu vermieten. Das sind ernüchternd hohe Zahlen.

Leider bleiben Diskriminierungserfahrungen häufig folgenlos. Die wenigsten Fälle gelangen vor Gericht oder auch nur zu einer Beschwerdestelle. Das hat einerseits damit zu tun, dass viele Menschen immer noch nicht genügend über ihre Rechte Bescheid wissen. Andererseits wird es ihnen auch schwer gemacht, Recht zu bekommen. Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) erlauben eine Diskriminierung durch die Hintertür: Bis-her wird hier aus unserer Sicht der Privatsphäre von Vermietern zu viel Gewicht zu Lasten des Diskriminierungsschutzes eingeräumt. Es fehlt außerdem die Möglichkeit eines Verbandsklagerechts, mit dem Betroffene besser unterstützt werden könnten. Und: Mit der Einführung des AGG 2006 wurden zwar diskriminierende Stellenanzeigen verboten. Wir sehen keinen Grund, warum das nicht auch für diskriminierende Wohnungsanzeigen gelten soll – unser Nachbarland Österreich setzt dies bereits um.

Klar ist auch: Vorurteile und Diskriminierungen sind nicht mal eben aus der Welt zu schaffen, auch nicht durch bessere gesetzliche Regelungen. Natürlich wird es weiterhin Vermieter und Wohnbaugesellschaften geben, die Frau Meier zum Besichtigungstermin einladen, Frau Rahmati jedoch nicht. Aber ein stärkeres Gesetz kann präventiv wirken und dafür sorgen, dass dies seltener geschieht. Und es stärkt denen den Rücken, die gegen solche Diskriminierung vorgehen möchten.

Bernhard Franke ist kommissarischer Leiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes



Foto: Sascha Lotz

„Ich bin gerne als Frau in der Politik“ – Diana Stolz ist als Vize-Landrätin für 270.000 Bürgerinnen und Bürger zuständig.

Traut Euch!

So schnell geht das: Aus den vermeintlich weichen, „typisch weiblichen“ und in der Regel sehr arbeitsintensiven Politikfeldern Jugend, Gesundheit, Arbeit und Verbraucherschutz werden in Zeiten des Corona-Virus plötzlich die harten Themen. Für Diana Stolz, die als Vize-Landrätin im Kreis Bergstraße (Hessen) dafür zuständig ist, bedeutet das intensive Tage voller Krisenmanagement, schneller Entscheidungen und strammer Organisation. Immerhin leben 270.000 Bürgerinnen und Bürger im Kreis Bergstraße, der zwischen Mannheim und Darmstadt liegt.

Die 43jährige ist seit knapp vier Jahren als Erste Kreisbeigeordnete – so die regional-korrekte Bezeichnung – im Amt, dazu seit anderthalb Jahren Vorsitzende der hessischen Frauen Union. Aufgewachsen in einem diskutierfreudigen Haushalt, der Vater Chemiker und in der CDU, die Mutter Hausfrau, schaute sie sich schon mit 15 Jahren in der Jungen Union um und wurde mit 19 Parteimitglied. Weil ihr das nicht reichte, kandidierte sie schon mit 20 in Idstein, wurde Stadtverordnete und Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss. „Daran war wahrscheinlich mein Mathe-Abitur schuld“, sagt sie und lacht.

Für alle späteren Politikfelder war das jedenfalls eine gute Vorbereitung. „Herrin der Zahlen zu sein hat schon was, und ich würde sagen, ich habe mich später als Kreistagsabgeordnete auch nicht gegen die Finanzen entschieden, sondern eben für das Soziale“, erzählt sie, „weil man da viel mehr bewegen und gestalten kann.“ Alle politischen Entscheidungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Jugend, Verbraucherschutz und Gesundheit hätten unmittelbare Auswirkungen auf die Menschen. „Anders als die reine Mit-

telverwaltung erfordern diese Bereiche hohe Realitätskompetenz, Vorausschau und Implementierungsstärke, denn man wird sofort am Ergebnis der getroffenen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger gemessen.“

Wenn es um Frauen in der Politik geht, zeigt sich Diana Stolz durchaus kämpferisch: „Es gibt so viele Frauen, die sich enorm in Vereinen oder Elternbeiräten engagieren, und natürlich ist das auch sehr wichtig, aber ich würde mir wünschen, dass mehr von ihnen in die Kommunalpolitik kommen, um wirklich Entscheidungen zu treffen. Das lohnt sich, davon würde ich sie gerne überzeugen.“ Frauen hätten oft einen anderen Blick für Probleme und eine andere Herangehensweise, genau dies brauche man in der Politik. „Mein Weckruf war eine Situation, als ich mich als blutjunge Stadtverordnete endlich traute, einen eigenen Vorschlag zu machen und plötzlich alle ganz begeistert waren.“

Immer noch säßen in den meisten Gremien der Kommunalpolitik weitaus mehr Männer, ja, auch sie habe anfangs den Rat bekommen, jetzt besser Hosenanzüge zu tragen und breitbeinig aufzutreten. „Aber ich bin gerne als Frau in der Politik“, sagt die zweifache Mutter, die gerne Kleider trägt und die Haare offen. Ja klar, selbst im Jahr 2020 erlebe sie gelegentlich unangemessene Sprüche, „aber ich bin nicht auf den Mund gefallen und kann genauso direkt werden.“ Manchmal hat sie dabei richtig Spaß: Auf einer Veranstaltung fragte einer der Teilnehmer – ausgerechnet der Vertreter der Grünen – die Vize-Landrätin, wessen Begleitung sie sei. „Da habe ich dann mit Genuss darauf hingewiesen, dass er sein Frauenbild doch nochmal überdenken sollte. Das war den Grünen sichtbar peinlich!“

frau & buch

Einsamkeit



Einfach da sein in Zeiten von „social distancing“. In diesen Tagen nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie werden wir dazu ermahnt, Abstand zu halten und trotzdem (distanzierte) Nähe zu älteren Menschen und Risikogruppen aufzubauen und sie in ihren täglichen Dingen zu unterstützen. Die Einsamkeit ist dabei aber nicht zu unterschätzen. Sie ist längst Teil unserer Gesellschaft, unabhängig von Schichten und Altersklassen.

Ein Artikel über die Einrichtung des Ministeriums für Einsamkeit in Großbritannien inspirierte Benediktiner-Abt Notker Wolf zu diesem Buch. Er kennt selbst die Einsamkeit und hat viele einsame Menschen getroffen. Vor allem aber weiß er: Man kann Einsamkeit bekämpfen. Eine einfache Geste oder bloßes Zuhören – kleine Hinwendungen mit oft großer Wirkung. Einfühlsam und überzeugend spricht er von seinen persönlichen Einsamkeitsmomenten und mahnt: „Der Kampf gegen die Verzweiflung, gegen die Vorwürfe und die Einsamkeit kann uns viele Kräfte kosten. Überschätzen wir uns nicht.“ Das Buch ist eine Aufforderung an uns alle, sich dem Gespenst der Einsamkeit zu stellen – und es zu vertreiben.

Notker Wolf: „Ich denke an Sie. Die Kunst, einfach da zu sein.“ in Zusammenarbeit mit Simon Biallowons: Verlag Herder, 1. Auflage 2020, gebunden mit Schutzumschlag, 160 Seiten, 16,00 Euro, ISBN: 978-3-451-38530-8. Auch als e-book erhältlich: 13,99 Euro, ISBN 978-3-451-81545-4, HERDER 2020.

Stolz ist eine klare Verfechterin der Frauenquote. Sie habe im Laufe der Zeit erfahren müssen, dass es ohne nicht geht, und die Union habe definitiv Nachholbedarf. „Das Ziel bleibt Parität – auf den Kandidatenlisten, im Kreistag, im Kabinett, überall.“ Inhaltlich muss sie sich derzeit stark auf die Folgen der Coronavirus-Ausbreitung konzentrieren. Erfolgreich hat sie zahlreiche Maßnahmen für die Integration von Menschen mit Benachteiligungen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt angeschoben und befasst sich intensiv mit Kinderschutz. Beispielsweise hat sie eine Beratungsstunde für Mütter in Krisenlagen auf Geburtshäusern eingeführt, Tageseltern müssen Kinderschutzvereinbarungen unterschreiben, denn „jedes Kind, das wir in eine bessere Zukunft begleiten können, ist ein großes Glück.“

Auf zwei Dinge setzt Diana Stolz, wenn es darum geht, mehr Frauen in die Partei und aktiv in die Politik zu holen. „Erstens müssen wir stärker zeigen und Frauen überzeugen, wie viel man mit einem politischen Mandat erreichen kann. Und zweitens kann ich an die Männer in der CDU nur appellieren: „Frauen sind die Mehrheit in der Wählerschaft, vergesst das nicht, wenn ihr gewählt werden wollt.“

Ihr Rat an die CDU-Frauen aller Altersklassen: „Lasst die Zweifel, genießt Euer Selbstbewusstsein! Auffallen, sich durchsetzen ist völlig ok. Traut Euch und der Erfolg kommt fast von alleine!“ Dazu passt das Lieblingsmotto der überzeugten Kommunalpolitikerin jedenfalls bestens: „Die Königin richtet keine Krone, sondern zückt das Schwert!“

Vera Schalck

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley, Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,00 Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse Köln-Bonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

Für starke ländliche Räume



Foto: Torslén Silz – ZDF plus Themenbild

„Die ländlichen Regionen sind aber immer noch die wirtschaftlichen Kraftzentren unseres Landes und mehr als die Hälfte der Deutschen lebt dort.“

Über ein reifes Weizenfeld blicken, frische Waldluft einatmen oder im Herbst die Weinlese erleben – wenn wir auf dem Land unterwegs sind, dann geht uns oft genug das Herz auf. Wir spüren: Wir gehören dazu, sind Teil der Natur und des Landes. Denn in jedem von uns steckt ein Stück Landkind – mögen wir auch noch so urban aufgewachsen sein.

Die ländlichen Regionen sind aber nicht Erholungsort allein. Viele Unternehmen, darunter mittelständische Weltmarktführer, haben hier ihren Standort. Eine Kernaufgabe unseres Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist es deshalb, die ländlichen Räume attraktiv zu halten. Damit sich die Menschen gezielt entscheiden, hier zu arbeiten und zu wohnen – eben ein Kind vom Land zu sein. Denn machen wir uns nichts vor: Der demografische Wandel wird weitergehen und die Anziehungskraft großer Städte wird hoch bleiben.

Aber worüber reden wir, wenn es um attraktive ländliche Räume geht? An dieser Stelle ist es wichtig, dass wir konkret werden. In den Städten herrscht Wohnraumknappheit. Auf dem Land sehen wir oft das Gegenteil: Leerstand und verödete Dorfkerne. Bei der Daseinsvorsorge reden wir auf dem Land über brach fallende Infrastruktur. Dann sprechen wir nicht über zu große Klassen, sondern darüber, dass Schulen wegen Schülermangels schließen. Dass Wasserleitungen zu wenig genutzt werden, weil sie auf eine größere Bevölkerung ausgerichtet sind. Dass wir Regionen ohne verlässliches Handynetze haben. Dann reden wir nicht darüber, dass man lange auf einen Facharzttermin warten muss, sondern darüber, dass

sogar der Hausarzt nicht mehr erreichbar ist. Weil im Dorf ohnehin kein Arzt mehr praktiziert und auch kein Bus mehr fährt.

Für eine gute Infrastruktur sorgen

Die ländlichen Regionen sind aber immer noch die wirtschaftlichen Kraftzentren unseres Landes und mehr als die Hälfte der Deutschen lebt dort. Sie brauchen zu Recht eine gute Infrastruktur. Unser kraftvollstes Instrument bei der Strukturförderung in der Landwirtschaft ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Ich habe dafür gesorgt, dass im Rahmen der GAK die „Ländliche Entwicklung“ für dieses Jahr von 150 auf 200 Millionen Euro ausgebaut wird – ein wichtiger Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit. In der Vergangenheit mussten sich Gemeinden an Dorfentwicklungsprojekten mit mindestens 35 Prozent beteiligen – mit dem Ergebnis, dass gerade Kommunen mit leeren Kassen oft nichts beantragt haben. Wir haben gemeinsam mit den Ländern beschlossen, für finanzschwache Gemeinden den Zuschuss auf bis zu 90 Prozent zu erhöhen. So können sie die notwendigen Investitionen stemmen.

Über die GAK fördern wir die Versorgung mit Breitband. Auch die Fortentwicklung unserer Dörfer ist Bestandteil der GAK, beispielsweise über Mehrfunktionshäuser. Sie versammeln alles, was für eine lebendige Ortsmitte von Bedeutung ist, unter einem Dach: Lebensmittel-laden, Vereinsraum, Bücherei, Ämter, Post oder auch ein Behandlungszimmer.

Mit dem „BULE“ in der Fläche wirken

Es ist mir eine Herzensangelegenheit, dafür zu sorgen, dass das Leben und Arbeiten auf dem Land eine attraktive Option bleibt. Das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) ist dabei ein weiterer wichtiger Baustein. In diesem Jahr ist auch das BULE wieder weiter gewachsen, sodass jetzt knapp 73 Millionen Euro bereitstehen. Wir unterstützen damit Initiativen, die unsere Dörfer und Regionen passgenau stärken.

So finanzieren wir beispielsweise über die „Smarten LandRegionen“ in sieben Landkreisen digitale Angebote. Mit „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ unterstützen wir 18 Landkreise dabei, ihre Strukturen für freiwillig Engagierte zu verbessern. Auch Bauförderungen sind Teil des BULE. Mit Beratungen für den Hausbau oder die Sanierung eines geerbten Bauernhofes hilft beispielsweise die Initiative „Nestbau-Zentrale“ in Mittelsachsen. Das BULE fördert auch Leuchtturmprojekte. Ein solcher Leuchtturm, der auf andere Regionen positiv abstrahlen soll, ist im hessischen Nüsttal-Silges die gemeinsame Betreuung von Jung und Alt. Eine ambulante Pflegeeinrichtung und der von der Schließung bedrohte Kindergarten sind dort nun zusammen im Dorfgemeinschaftshaus untergebracht – ein Gewinn für alle.

Junge Frauen in den ländlichen Räumen fördern

Ich verstehe Frauenpolitik als eine Querschnittsaufgabe. Sie reicht in viele Bereiche hinein. Gerade in unserem Ressort ist das ein entscheidender Punkt. Denn die Frauen vom Land sind ein starkes, unverzichtbares Rückgrat unserer Gemeinden und Dörfer. Und ohne unsere Bäuerinnen funktioniert kein landwirtschaftlicher Betrieb. Unser Ministerium sieht sich hier als „Ermöglicher“ und Unterstützer. Ganz konkret helfen wir beispielsweise der bundesweiten Initiative „Junge LandFrauen“ dabei, ein belastbares Netzwerk aufzubauen. Die Initiative möchte die Interessen der jungen Frauen sichtbar machen und insbesondere dazu beitragen, sie in der Region zu halten.

Darüber hinaus hat erst vor kurzem unser Ministerium mehr als eine halbe Millionen Euro für die „Landfrauenstudie“ zur Verfügung gestellt. Konkret interessieren uns zwei Aspekte: Die heutige Lebens- und Arbeitssituation der Frauen in Betrieb, Haushalt und Familie mit ihren Erwerbs- und Einkommensverhältnissen. Und zweitens die Frage, wie die Transformation in Landwirtschaft und Gesellschaft das Leben der Frauen in den ländlichen Regionen verändert. All das erfassen wir mit unserer Studie jetzt systematisch, um zu entscheiden, wie wir den Frauen auf dem Land noch mehr Perspektiven eröffnen können.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land schaffen

Von Bedeutung ist, dass Menschen die Möglichkeit haben, bewusst „Ja“ zu sagen zu einem Leben und Arbeiten auf dem Land. Und zwar ohne dafür schlechtere Bedingungen in Kauf nehmen zu müssen. Andere Bedingungen



gewiss. Aber nicht schlechtere. Die Bundesregierung hat deshalb im Sommer 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingerichtet, deren Co-Vorsitzende ich war. Ein zentrales Ergebnis der Kommission ist die Einrichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Sie verfügt über einen jährlichen Etat von 30 Millionen Euro und soll vor allem als Anlaufstelle für Engagierte dienen. Denn häufig ist es der uneigennützte Einsatz von Frauen und Männern, der das Zusammenleben auf dem Land so wertvoll macht.

Fazit

Das Spannende bei der Entwicklung der ländlichen Räume ist, dass aus vielen kleinen Bausteinen ein großes Ganzes entsteht, wenn alle zusammenwirken. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen. Um sie mit Leben zu füllen, brauchen wir aber Frauen und Männer mit Ideen und Energie. Daher mein Appell: Bringen Sie sich ein. Melden Sie sich zu Wort und packen Sie mit an: für ein attraktives Leben im ländlichen Raum. Und für Dörfer und Regionen mit anhaltender Anziehungskraft auf ihre Dorfkinder und auf die, die es noch werden wollen.

Julia Klöckner MdB ist Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft



Erfahrungsaustausch zwischen Frauen in Marokko und Deutschland.

Dialog mit Marokko

Unter dem Motto „Frauenförderung- Frauenbeteiligung- mehr Frauen in die Politik“ wurde ein Projekt von Engagement Global (in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung) im Sommer 2018 aufgesetzt. Die Stadt Brühl hat sich unter Führung der Stabsstelle Frauen- und Gleichstellung für dieses Projekt beworben und im Frühjahr 2019 den Zuschlag erhalten.

Zeitgleich hatten wir auf einem unserer monatlich regelmäßig stattfindenden Stammtische, die Gleichstellungsbeauftragte zu Gast. Sie berichtete vor zahlreichen Gästen von ihrer vielschichtigen Arbeit und erwähnte das anlaufende Projekt, dessen Ziel ein Erfahrungsaustausch zwischen Frauen in Marokko und Deutschland in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themengebieten zu initiieren und so in einem Dialog gemeinsam voneinander zu lernen sein wird.

Schnell war klar, dass die Vorsitzende der Frauen Union Brühl, Elke Kamphausen und ihre Stellvertreterin, Pia Regh zu dem Kreis der mitwirkenden Frauen gehören. Beide Frauen sind aktiv in der Kommunalpolitik als Ratsfrau beziehungsweise sachkundige Bürgerin unterwegs.

Im Herbst 2019 war es soweit: die ersten vier Frauen aus Brühl reisten in einer Delegation mit Engagement Global nach Marokko. In gemeinsamen Workshops wurden die Themengebiete Bildung, Wirtschaft und Soziales besprochen – nach den Unterschieden aber eben auch dem Verbindenden.

In den Räumen der Konrad Adenauer Stiftung (Maison de l'Elu) begegneten sich die Teilnehmerinnen und stellten jeweils ihr Schwerpunktthema vor. In intensiven Diskussionen, dank unseres kompetenten Dolmetscher-

duos, entstand ein offener Dialog. Viele der anwesenden marokkanischen Frauen aus Politik und leitender Verwaltungstätigkeit engagieren sich insbesondere im ländlichen Bereich, um mit Qualifizierungsoffensiven bei kurzer Schulpflicht der drohenden Kriminalität und Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendlichen, entgegenzuwirken. Viele dieser Projekte werden von der Zivilgesellschaft initiiert und vom Königshaus gefördert.

Wir trafen in Marrakesch auf sehr emanzipierte, selbstbewusste Gastgeberinnen. Markant war die Erfahrung, welch soziales Gefälle zwischen Stadt- und Landbevölkerung herrscht.

Frau Regh, die als CDU-Ratsfrau u. a. im Jugendhilfeausschuss aktiv ist, berichtete anschaulich mit Hilfe eines Trailers über ihre Arbeit und die Maßnahmen, die in der Brühler Verwaltung umgesetzt werden. Die FU-Vorsitzende hatte sich als Schwerpunktthemen Ehrenamt, Inklusion und Fair Trade im Handel zum Ziel gesetzt.

Diese Themen wurden ausführlich diskutiert. Ebenso das Thema Gleichstellung. Auch die Öffnung von Marktzugängen und Chancen und Risiken eines Direktvertriebs wurden sehr praxisnah besprochen. Insbesondere eine Abwägung zwischen Wachstum im lokalen Raum zur Expansionschance und die dafür relevanten Rahmenbedingungen wurden diskutiert.

Die marokkanischen Frauen sind sehr an einen weiteren Austausch interessiert – Ziel muss es sein, Bildungschancen in Marokko zu installieren, um am Ende wirtschaftliches, nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Dazu ist unser duales Ausbildungssystem sehr bedeutsam her-



vorzuheben, aber eben auch die bewusste Förderung von Frauen in und zur Verantwortung in der Verwaltung aber auch in den Unternehmen.

Der Lehre aus den Flüchtlingsbewegungen des letzten Jahrzehntes folgend, möchten wir von der Frauen Union diese Projektstrukturen der Konrad-Adenauer-Stiftung als Chance verstanden sehen, Perspektiven in den Herkunftsländern zu installieren. Frauen sind hier die wesentlichen Treiber zur gesellschaftlichen Veränderung – zur Bildung von kleinen, mittelständischen Unternehmen, um nachhaltig Zukunft in den Maghreb-Staaten zu gestalten.

Ein besonderes Erlebnis, war der Besuch einer Frauenkooperative in der Nähe von Casablanca. (Espace des Initiatives Femines). Dort haben sich Frauen zusammengeschlossen und bieten der Landbevölkerung auf vielfältige Weise unterstützende Maßnahmen zur Lebensbewältigung an. Ebenfalls angegliedert ist ein Waisenhaus. Mit dem Verkauf der selbst hergestellten Produkte werden Perspektiven für eine überlebenswichtige, selbstbestimmte Zukunft unterstützt.

Im Frühling 2020 erfolgt planmäßig der Gegenbesuch der marokkanischen Frauen in Brühl – die aktuellen Entwicklungen können natürlich zur Verschiebung führen. Sobald die gesundheitlichen Risiken der Corona-Epidemie wieder beherrschbar sind, sollte der Austausch zeitnah nachgeholt werden, um eine operative Vernetzung zwischen Frauen in beiden Ländern zu festigen.

Frauen Union der CDU Brühl



FU!



Viele Menschen und das, was sie tun, sind in diesen Tagen **#unverzichtbar** für uns.

#unverzichtbar für unsere Gesundheit

#unverzichtbar für unser Zusammenleben

#unverzichtbar für unser aller Zukunft

Nutzen auch Sie die sozialen Medien, um darauf hinzuweisen, wie **#unverzichtbar** es ist, in dieser weltweiten Krise zusammenzuhalten und einander zu helfen. Schreiben Sie das, was für Sie **#unverzichtbar** ist, auf ein Blatt und posten Sie ein Foto von sich.

Es braucht Mutmacher in diesem Tagen. Machen Sie mit – auch Mutmacher sind **#unverzichtbar**!

CDU